Von Gewerkschaftsbeiträgen sogar

300 000 Mark für Hille-Werk!

Föllers vergebliche Ableugnungsversuche / Reformistische Schande noch größer / Metallarbeiter, erkennt den Klassenverrat
Rüstet zum Streik gegen den Lohnraub!

In der Arbeiterstimme vom 16. Mai hatten wir enthüllt, daß das Hillewerk 100 000 Mark Gewerkschaftsgelder als Kredit erhalten habe. Föller behauptete, wie wir bereits berichteten, daß die Arbeiterstimme geschwindelt habe. Wir können unsere Enthüllungen nicht zurücknehmen, sondern müssen sie dahingehend erweitern, daß das Hillewerk nicht nur 100 000, sondern 300 000 Mark Kredit erhielt. Für 100 000 Mark hat sich der DMV verwendet und für 200 000 Mark die Stadt Dresden. Die Arbeiterbank ist ein ADGB-Unternehmen und verwaltet die Gelder der Gewerkschaften, also die Beiträge der Arbeiter.

Die entscheidende Frage für die Arbeiter ist, daß dem Klassenfeind, der zu einem neuen **Lohnraubvorstoß** ausholt, die Gelder der Gewerkschaften zur Verfügung stehen. Ob das direkt aus den Gewerkschaftskassen oder über die Arbeiterbank erfolgt, ist von untergeordneter Bedeutung. Wenn der DMV die Bürgschaft übernimmt, so kann er während der Kreditdauer nicht über die Mittel verfügen. Jeder Arbeiter wird begreifen, **daß nur ein erzdummer oder verräterischer Herzführer auch nur einen Pfennig der angreifenden Armee zur Verfügung stellen kann.** Damit dürfte die Kreditpolitik der Gewerkschaften an die Kapitalisten in diesem Punkte genügend gekennzeichnet sein.

Aber es ist noch auf das Geschrei des reformistischen Betriebsrates vom Gußstahlwerk Freital-Döhlen einzugehen, der den Generalversammlungsdelegierten sagte: **„Die Russen lassen sich 28 Monate Ziel geben, und wenn die Firma kein Geld bekäme, müßten die Kollegen verhungern."**

Unsere Leser haben diesen Patzig seinerzeit in seiner ganzen „Größe" als Unternehmerknecht kennengelernt, wie er das **Angebot** machte auf eine Senkung des Lohnes, „damit der Betrieb nicht geschlossen wird". Jetzt hat auch das Gußstahlwerk Russenaufträge bekommen und Herr Patzig war am eifrigsten dabei. Den Delegierten versuchte er es so darzustellen, als ob die Geschäftspolitik der Sowjetunion gegen die deutschen Arbeiter gerichtet sei. Der Zweck dieser Hetze ist nur, das Vaterland des internationalen Proletariats **herunterzureißen. Die Sowjetmacht steht unter Führung von Bolschewisten, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, so billig wie möglich die Aufträge hereinzubekommen. Je billiger die Aufträge geliefert werden, um so schneller schreitet der sozialistische Aufbau vorwärts, der Aufbau, der allein dem Proletariat und den Bauernmassen zugute kommt.** Die **kapitalistischen** Lieferanten aber wollen so viel wie möglich **Profite machen.** Sie haben die Sowjetaufträge — das Hillewerk hat noch einen von einer halben Million bekommen — übernommen, weil sie ein **glänzendes Geschäft damit machen.** Wenn das Zahlungsziel mit 28 Monaten festgesetzt ist, an sich ist das nebensächlich, so ist die erforderliche Kapitalverzinsung **selbstverständlich in dem Lieferpreis einkalkuliert.** Das weiß Patzig, der von den Bonzen vorgeschoben wurde, sehr gut, und die Generalversammlungsdelegierten, die genau so wie jeder klassenbewußte Arbeiter die Geschäftspraktiken der Ausbeuter kennen, haben ihn durch Zwischenrufe entsprechend zurechtgewiesen.

Der Hintergrund des reformistischen Geifers gegen die Russenaufträge ist aber der unerbittliche Haß gegen die stürmisch aufstrebende Sowjetmacht, die durch Giftspritzer solcher kleiner Bönzchen nicht im geringsten aufgehalten wird. Diese verlogene Hetze gegen die „Preisdrückerei" der UdSSR aber ist gleichzeitig **die Fassade, hinter der sich die Unterstützung der Lohnsenkungsbestrebungen der Unternehmer durch die Reformisten verbirgt.** Das werden die Metallarbeiter sehr klar erkennen, wenn sie feststellen: Bonzen, Unternehmer und bürgerliche Presse zetern in einheitlicher **Kampffront** über die „niedrigen Preise" bei dem Russengeschäft, deren Hintergrund nichts anderes ist als der Versuch der Lohnräuber, ihre Profite, die sie aus den Sowjetaufträgen zu machen, noch zu steigern durch schärfere Ausbeutung der Metallarbeiter, die diese Aufträge fertigstellen müssen.

Es liegt nahe, daß die Metallarbeiter angesichts des drohenden Lohnraubes sich nicht auf die verräterische DMV-Bürokratie verlassen können, sondern daß sie, entsprechend den Beschlüssen der Sachsen-Metall-Konferenz in Chemnitz unter Führung der RGO zum Streik rüsten müssen, um die Lohnräuber trotz reformistischer Hetze und Verrat zurückzuschlagen.

Arso-Landesausschuß Sachsen ruft:

Rote Offensive gegen Sozialreaktion!

An alle Ortsausschüsse der Arso! An alle sozialpolitischen Massenorganisationen!

Am 12. Mai tagte in Dresden der Landesausschuß der Arso (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen). Der Landesausschuß richtet angesichts der neuen ungeheuerlichen Angriffe der Brüning-Regierung auf die letzten kümmerlichen Reste der gesamten Sozialgesetzgebung an alle Ortsausschüsse der Arso, an alle sozialpolitischen Massenorganisationen den dringenden Appell, gemeinsam mit der Arso eine feste einheitliche Abwehrfront zu schaffen und alle Kräfte zum Kampfe gegen die soziale Reaktion zu mobilisieren.

Um den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft aufzuhalten, werden nicht nur die Löhne und Gehälter der werktätigen Schichten auf das brutalste gesenkt, sondern auch die Hunger-Unterstützungssätze der Erwerbslosen, die dürftigen Renten der Kriegsbeschädigten und Invaliden, der Witwen und Waisen rücksichtslos abgebaut.

Die deutsche Bourgeoisie sucht durch die völlige Beseitigung der letzten kümmerlichen Reste der Sozialgesetzgebung einen Ausweg aus der Krise. Bei diesen verzweifelten Versuchen findet die deutsche Bourgeoisie die Unterstützung der Sozialdemokratie, die durch ihre Zustimmung zu allen Notverordnungen der Brüning-Regierung die schrankenlose Ermächtigung zur Durchführung dieser Hungerpolitik erteilt hat. Den Nazis geht diese Ausbeutung der Massen noch nicht weit genug. Sie brachten es fertig, im Reichstag zu beantragen, daß in Zukunft auch Geschwister von Unterstützungsempfängern als unterhaltspflichtig herangezogen sind.

Mit Hilfe neuer Notverordnungen soll die Arbeitslosenversicherung „reformiert" und dabei allein 500 Millionen Mark eingespart werden. In den Kommunen werden die großen Massen der Wohlfahrtserwerbslosen durch Abbau der dürftigen Unterstützungssätze zum langsamen, aber sicheren Hungertod verurteilt.

Die Hungerrenten der Invaliden sollen eine Kürzung von etwa 30 Prozent erfahren. Die Knappschafts- und Unfallversicherung wird ebenfalls abgebaut.

Im Gegensatz zu dieser unerhörten Abdrosselung der Mittel für soziale Zwecke werden Unsummen ausgegeben für die Erhaltung des Machtapparates der herrschenden Klasse.

15 bis 20 Millionen Werktätige sind von diesem sozialreaktionären Angriff bedroht.

Jede kampflose Hinnahme der neuen Pläne der deutschen Bourgeoisie bedeutet Vernichtung der Existenz von Millionen von Werktätigen.

Der Landesausschuß fordert alle Ortsausschüsse der Arso auf, sofort zur Lage Stellung zu nehmen und Betriebs-, Rentner- und Erwerbslosenversammlungen und öffentliche Kundgebungen zu organisieren.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen mit in engster Verbundenheit mit der KPD, die allein von allen politischen Parteien gegen die grenzenlose Massenausplünderungspolitik den energischsten Widerstand geleistet hat, die Werktätigen in Stadt und Land mobilisieren. Sie wird gemeinsam mit der RGO gegen den vom Unternehmertum bereits erneut angekündigten 30- bis 40prozentigen Lohnraub in den Industriegruppen Bergbau und Metall die Arbeitenden zur entschiedenen Gegenwehr aufrufen und durch Bildung von Solidaritätsausschüssen, die unter der Führung der RGO und IAH stehen, die Werktätigen im Kampfe gegen weitere Verelendung unterstützen. Die Schaffung solcher Solidaritätsausschüsse ist die wichtigste Tagesaufgabe aller Arso-Ortsausschüsse und sozialpolitischer Organisationen.

Der Landesausschuß fordert alle Werktätigen in Stadt und Land auf, durch die Schaffung bezw. Erweiterung der durch bestehenden Kampfausschüsse gegen § 218 zu Kampfausschüssen gegen die soziale Reaktion, die Vorbedingung für einen erfolgreichen Abwehrkampf zu schaffen.

Der Landesausschuß der Arso richtet an alle sozialpolitischen Massenorganisationen die Aufforderung, sich der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen anzuschließen, um durch die Schaffung einer geschlossenen Abwehrfront ein wirkliches Bollwerk gegen die soziale Reaktion zu schaffen.

Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen,
Landesausschuß Sachsen.

Postler herhören!

Lohnraub und Volkszeitungsdurcheinander

Tarifdauer nicht bis 31. Oktober sondern bis 31. Mai / Hetze gegen RGO als Mittel zum Betrug an den Postlern / Eure Antwort: Kämpft mit der RGO!

Die Arbeiterstimme berichtete, daß den Postlern ab 17. Juni wieder 14 Prozent Lohn gekürzt werden soll. Die Dresdner Volkszeitung behauptet, die Arbeiterstimme sei „schlecht unterrichtet" und glaubt sich sonst allerhand Ausfälle gegen die RGO gestatten zu können. Wir wollen den sozialdemokratischen Arbeiterbetrügern, die jetzt vor ihrem Parteitag möglichst die Postler wie auch die übrigen Arbeiter einschläfern möchten, ein bißchen auf die Sprünge helfen und ihnen durch Tatsachen das Verrätermaul stopfen.

Der Gesamtverband hat in zwischentariflichen Verhandlungen mit dem Reichspostministerium den letzten schändlichen Lohnraub vereinbart.

Ab 17. Juni tritt eine neuerliche Lohnkürzung für die Lohngruppe 1—4 um vier Pfennig, für die Lohngruppe 5—7 um drei Pfennig und für die Gruppe 8 um zwei Pfennig zu den eben erfolgten Kürzungen hinzu. Das heißt also nicht nur sechs Prozent, sondern **zehn- bis 15prozentigen Lohnraub.** Ein 14- bis 15prozentiger Lohnraub wird dadurch erreicht, daß bei den verheirateten Kollegen **die Kinderzulage für das erste Kind vollkommen gestrichen** wird. Für **das zweite Kind soll nur 1,5 Pfennig,** für das **weitere Kind 2 Pfennig** pro Stunde gezahlt werden. Bisher wurden stündlich 3 Pfennig pro Kind gezahlt.

Nach der letzten Abmachung werden die seitherigen Streckengelder, wenn die Fahrten mit Kraftwagen ausgeführt werden, gekürzt, und zwar:

von mehr als 4—12 km Hin- und Rückweg zusammen 0,60 Mark,
von mehr als 12—20 km Hin- und Rückweg zusammen 1,40 Mark,
von mehr als 20 km Hin- und Rückweg zusammen 1,80 Mark.

Ferner kommt hierzu eine **generelle Urlaubskürzung.**

Diese Vereinbarung ist getroffen unter dem Gebot der Schweigepflicht für die Spitzenfunktionäre, damit die Mitglieder und Funktionäre in den Postdienststellen nicht dagegen Sturm laufen sollen. Angesichts solcher infamer Verrätereien wagt das SPD-Blättchen zu schreiben:

„... wirft sich nunmehr die Arbeiterstimme vom 16. Mai in die Brust und kündet in großen Lettern an: „Neuer Lohnabbau bei der DRP. Die Löhne sollen am 17. Juni um 14 Prozent gekürzt werden."

Wahrscheinlich hat die Arbeiterstimme in ihrem Dornröschenschlaf einen Traum gehabt, den sie nach dem Aufwachen als Wirklichkeit betrachtet. **Die Löhne bei der DRP sind bekanntlich bis zum 31. Oktober 1931 geregelt.** Vielleicht gedenkt auch die Abteilung Post und Telegraphie und Staatsbetriebe der RGO mit dem Reichspostministerium einen Tarifvertrag abzuschließen, der den Postlern dann wahrscheinlich einen Lohnabbau von 14 Prozent bringen wird. Daß für solche Taten die RGO zu haben ist, beweisen ja verschiedene Vorgänge in der letzten Zeit. Die Postler werden sich dieses Durcheinander bei der RGO wie auch in der Redaktion der Arbeiterstimme merken und diesen Kreisen auch in der Zukunft die notwendige Antwort geben."

Weil die Reichspost jetzt gekündigt hat, soll jetzt am 17. Juni der Lohnraub verwirklicht werden, der eine Senkung der früheren Hungerlöhne in der von uns genannten Höhe bedeutet.

In der offiziellen Verlautbarung über die Tarifdauer heißt es nach der letzten Lohnbewegung:

„Die neuen Löhne treten am 26. April in Kraft und gelten bis zum 31. Mai. Wird von einer der Tarifparteien 14 Tage vor dem 31. Mai das Abkommen nicht gekündigt, gilt die Vereinbarung bis zum 31. Oktober 1931."

Danach sind also die Löhne nicht bis 31. Oktober, sondern nur bis 31. Mai „geregelt".

Es gehört die Skrupellosigkeit von Verrätern dazu, um die gemachten Lohnraubvereinbarungen als einen „Traum der RGO" abzutun und mit frecher Stirn zu behaupten, daß „die RGO für solche Taten zu haben ist". Die Postler werden nach Prüfung der Tatsachen **nicht** „ein Durcheinander bei der RGO", **sondern** einen **infamen Betrug durch den Gesamtverband** feststellen, der durch freche Lügen bestritten werden soll. **Kein Postler wird den Betrügern mehr glauben. Es wird Zeit, mit der RGO gegen den Lohnraub und reformistischen Verrat anzukämpfen.**

Arbeiter, gib deine Zeitung weiter

Fabrikarbeiterverband bezahlt

Nur halbe Unterstützung an Streikende

Bankrott reformistischer Unterstützungseinrichtungen / Glänzende Solidaritätsaktion Erwerbsloser für die Glasarbeiter in Haidemühl

In Nr. 9 des „Fabrikarbeiter", dem Reichsorgan der RGO, Industriegruppe Chemie, Glas, Keramik, wurde bereits darauf hingewiesen, daß der Hauptvorstand des FAV auf dem Verbandstag im Juli die Unterstützungssätze stark herabsetzen wird. Der FAV hat unsere Angaben nicht bestritten und kann es auch nicht.

Für den Bankrott der reformistischen Unterstützungseinrichtungen, ihrer einzigen Reklamemöglichkeit, bringt der Streik in Haidemühl, Lausitz, einen neuen Beweis.

Am 6. Mai traten die Glasarbeiter in den Streik gegen den Schiedsspruch, der neuen Lohnabbau bringt. Der Schiedsspruch war zu der Zeit noch nicht verbindlich erklärt. An dem Streik beteiligte sich die gesamte Belegschaft, also auch die Mitgliedschaft des FAV. Inzwischen ist der Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden und der FAV hat die schöne Parole herausgegeben: „gelbstempeln." Der Streik wird trotz Verbindlichkeitserklärung weitergeführt. Am Freitag dem 15. 5. erfolgte die erste Unterstützungsauszahlung. Die Verbandskollegen, die lange organisiert sind, und sehr hohe Beiträge bezahlen, hatten schon fleißig ausgerechnet, wie hoch ihre Streikunterstützung ist.

Doch da kam die Enttäuschung. Der große Verband mit 400 000 Mitgliedern und vielen Millionen Verbandsvermögen **zahlte nur die Hälfte** der in den Satzungen festgelegten Unterstützung. Natürlich waren die Verbandskollegen sehr erbittert und mancher hat wieder nachgedacht, was denn im FAV eigentlich mit dem einkommenden Gelde gemacht wird und wer so eigenmächtig die Statuten außer Kraft setzt.

Wir sagen den Kollegen, daß auch dahinter die Absicht steckt, **die Kollegen mürbe zu machen und die Streikfront zu erschüttern.** Die Antwort kann nur sein, daß auch die letzten Mitglieder des FAV sich in die RGO einreihen!

Wir hat doch Fleischhauer und die ganze Gewerkschaftsbürokratie über die „Bettelsuppen" und den angeblichen Bankrott der Finanzen der RGO gespottet. Die Kollegen aber haben gesehen, daß nicht nur die in der RGO Organisierten Unterstützung bekamen, sondern darüber hinaus auch den Unorganisierten mit ein paar Mark geholfen werden konnte. Wir haben hier wieder einen Beweis, daß **die Solidarität in der Arbeiterschaft zehnmal mehr wert ist, als ein voller Kassenschrank** einer Gewerkschaft, die nur mit den Unternehmern auf dem Boden des Wirtschaftsfriedens durch dick und dünn geht.

Wie hoch steht doch gegenüber dem Gerede der fetten Bonzen die **wirkliche Solidarität der Proleten. Am Freitag brachten die werbslose Arbeiter aus Weißwasser 220 Eier, 17 Pfund Speck und andere Lebensmittel. Dazu 45 Mark Geld.** Diese Lebensmittel und das Geld hatten sie in einigen kleinen Orten der Umgebung von Weißwasser gesammelt. Diese Proleten, die selbst kaum etwas zu essen haben, bringen das Letzte für die kämpfenden Glasarbeiter. Sie stehen turmhoch über den sozialfaschistischen Arbeiterverrätern.

Der große Solidaritätsgedanke, der in diesen Tagen in der Lausitz in verstärktem Maße zum Ausdruck kommen wird, ist die Garantie dafür, daß der Haidemühler Kampf nicht umsonst geführt wird.

Verantwortlich für Lokales: Otto Gabel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandspolitik, Provinz, Gewerkschaft, Sport, Radio und Feuilleton: Rudolf Schlip, Dresden; für Ausland: Karl Dreßler, Berlin; für Feuilleton und Reportage: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Wilhelm Schwandt, Dresden. Für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden.